Münsterländische Volkszeitung

Rheiner Volksblatt

Amtlicher Anzeiger für Stadt und Amt Rheine.

Organ der Zentrumspartei.

Bezugspreis: Monatlich frei durch unsere Boten ins Haus, sowie von der Geschäftsstelle abgeholt 6.50 Mk. im voraus zahlbar durch die Post frei ins Haus 18.— Mk. vierteljährlich. Die M. V. erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Druck und Verlag von Joseph Altmeppen in Rheine. Hauptgeschäftsstelle und Redaktion: Bahnhofstraße 2. Fernsprecher Nr. 352. — Telegramm-Adresse: Volkszeitung Rheine (Westf.) — Postscheckkonto Cöln Nr. 40394. — Postschließfach Rheine Nr. 75. —

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 1 mm Raumhöhe 42 Pfg., für Stadt und Amt Rheine: 30 Pfg., behördliche sowie Bank- und Finanzanzeigen 36 Pfg. Reklamen 180 Pfg. Anzeigen erbitten wir bis spätestens 3 Uhr nachmittags. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebener Stelle wird keine Garantie übernommen. Für Fehler, welche durch Fernsprecher oder mangelhafte Manuskriptlieferung entstehen, wird nicht gehaftet. Bei zwangsweiser Beitreibung von Gebühren fällt jeder Rabatt fort.

Wöchentliche Beilagen: Für Unterhaltung: „Sonntagslese"; für Landwirtschaft: „Feld und Garten"; für Sport und Jugendpflege: „Jung Rheine"

Nr. 259–277 | **Donnerstag, den 1. Dezember 1921** | **Jahrgang 45**

Die englisch-deutschen Verhandlungen

Zur Londoner Reise Rathenaus

tu. **London,** 30. Nov. **Dr. Rathenau und Dr. Simon, ökonomischer Sachverständiger, sind in London angekommen. Rathenau und Simon haben gestern mittag eine Unterredung gehabt mit Sir Robert Kinderley, einem bekannten Bankier und mit Sir Robert Horne, dem Schatzkanzler, sowie mit Lord d'Abernon, dem englischen Gesandten in Berlin sowie Bradbury, dem Führer der englischen Delegation bei der Entschädigungskommission in Paris. Die Blätter melden, daß bei diesen Unterredungen ein Vorschlag in Erwägung gezogen wurde, wonach die Alliierten ein Moratorium für die Zahlung der deutschen Schulden zugestehen sollen unter der Bedingung, daß Deutschland die Anfertigung von Papiergeld einschränkt. Ein derartiger Vorschlag bezweckt die Hebung der deutschen Valuta und die Wiederherstellung Deutschlands zum normalen Handelsmarkt. In maßgebenden Kreisen wird zugegeben, daß die Frage der Entschädigung einen wesentlichen Punkt der Besprechungen ausschließlich das Schatzministerium betreffen und daß die besprochenen Fragen das Gebiet der auswärtigen Politik nicht berührten.**

Das Moratorium

tu. **London,** 30. Nov. Die Andeutungen verschiedener Blätter bezüglich der Geneigtheit der englischen Regierung, ein Moratorium unter den bekannten Bedingungen hinsichtlich der deutschen Finanzgebahrung zu gewähren, kann der Vertreter der „Frankfurter Zeitung" auf Grund zuverlässiger Informationen mitteilen: Die offiziellen Stellen sind der Auffassung, daß der Friedensvertrag die Reparationskommission berechtigt, über

ein Moratorium durch Majorität zu entscheiden, wenn die Stundung nicht über das Jahr 1930 hinausgeht.

Bezüglich der Januar- und Februarzahlung ist festzustellen, daß die Gerüchte, wonach die Reparationskommission oder die englischen Delegierten persönlich die Zahlungsfähigkeit Deutschlands bedingungslos bejahten unzutreffend sind. Bisher ist noch kein Beschluß erfolgt. Bradbury, ebenso wie die englische Regierung sind offenbar überzeugt, daß bei einer starken deutschen Regierung und eines patriotischen Zahlungswillens, insbesondere der Besitzer der ins Ausland gebrachten Guthaben, sowie bei der Anspannung des Industriekredits die Zahlung ohne ruinöse Devisenkäufe möglich ist. Der Korrespondent begegnet jedoch an wichtiger Stelle dieser Skeptik bezüglich des realen Wertes dieser Hypothese umsomehr, als die Citybanken der Finanzierung ungünstig gegenüber stehen. Vorerst erwartet jedoch London, die ehrlichste und anspannendste Mithilfe der Berliner Regierung zum Zweck der Goldbeschaffung. Inzwischen bleibt die gesamte Frage in der Schwebe und es werden keine endgültigen Beschlüsse gefaßt. Urteile wichtiger Stellen über die Haltung Frankreichs sind nicht hoffnungslos, zumal in Anbetracht der obengenannten Klausel des Friedensvertrages. Berichte aus Washington deuten übrigens einen moralischen Druck Amerikas aus Paris an. Die Tatsache, daß Frankreich bekanntlich aus der Januarzahlung nichts zu erwarten hat, sondern Belgien, welches seinerseits Zurück-zahlungen an England geleistet hat, sowie der englische Wiederstand gegen das Wiesbadener Ablommen werden im diplomatischen Verhältnis gegenüber Frankreich als wichtig angesehen.

Die Londoner Presse zu den Finanzverhandlungen

tu. **London,** 30. Nov. Die heutige Londoner Morgenpresse beschäftigte sich fast ausschließlich mit den plötzlich in Gang gekommenen Finanz- und Reparationsverhandlungen und es wird mitgeteilt, daß die Moratoriumsvorschläge Dr. Rathenaus sich im wesentlichen auf ein System von Sachleistungen für England oder für Englands Rechnung zum Wiederaufbau in Rußland gründen. Eine Ablehnung der deutsch-englischen Verhandlungen findet sich in keinem Blatt. Auch Bedenken werden verschiedentlich laut, vor allem das Eine, Deutschland könnte durch ein Moratorium zu schnell zu Kräften kommen, daß es nachher jede weitere Zahlung einfach verweigern könne. Dieses Bedenken wird allem Anschein nach mit Billigung der Regierung vorgebracht, denn es ist fast sicher, daß die englische Regierung an eine Moratoriumsgewährung gewisse Sicherheitsbedingungen knüpfen wird. Sie wird das Versprechen einer gründlichen deutschen Finanzreform in den nächsten zwei Jahren fordern und für diesen Zeitraum eine internationale Kontrolle für die Durchführung dieser Finanzreform in der Form einer internationalen Kommission in Berlin, verlangen. Die Haltung Frankreichs ist vorläufig noch oppositionell. Die diplomatische Offensive, die England deshalb gegen Frankreich eingeleitet hat, zielt aber ganz gewiß nicht auf eine einfache Majorisierung einer Vergewaltigung Frankreichs, sondern letzten Endes auf eine Verständigung ab. Da Frankreichs Standpunkt dahin klarer erkennbar wird, für die Gewährung eines Moratoriums noch über die internationale Kontrolle gewisse Pfänder auf Zeit zu fordern, so muß man immerhin damit rechnen, daß bei der endgültigen Vereinbarung über ein Moratorium diesem Wunsche Frankreichs wenigstens zum Teil Rechnung getragen wird.

Sitzung des englischen Kabinetts über die Moratoriumsfrage

tu. **London,** 30. Nov. Dr. Rathenau wird wahrscheinlich heute vormittag von Lloyd George empfangen werden. Auf Grund der Vorschläge, die Rathenau dem englischen Finanzminister Sir Robert Horne überreicht hat, findet heute nachmittag eine Sitzung des englischen Kabinetts über die Moratoriumsfrage statt. Bemerkenswert ist, daß die Londoner Zeitungen der Regierung ein Zustimmungsgutachten über den Zahlungaufschub für Deutschland erstattet haben. Der heutige Kabinettsrat und seine Tagesordnung werden von e[illegible] offiziellen Reutermeldung bestätigt.

Die Botschafterkonferenz einberufen

Aufhebung der militärischen Sanktionen?

tu. **Paris,** 30. Nov. **Die Botschafterkonferenz wird am 2. Dezember zusammentreten, um sich mit der englischen Note über die Aufhebung der militärischen Sanktionen, d. h. mit der geforderten Aufhebung der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und mit der Verringerung der Militärkontrollkommissionen in Deutschland zu beschäftigen.**

Zur Weltabrüstung

wtb. **London,** 29. Nov. Reuter zufolge, geht der französische Standpunkt dahin, daß nichts dagegen einzuwenden ist, daß Italien eine ebenso große Flottenstreitmacht besitzt wie Frankreich, d. h. 360 000 Tonnen als Großkampfschiffen und 75 000 Tonnen an Unterseebooten.

Präsident Harding über die Vereinigung der Nationen

tu **Washington,** 30 Nov. Gestern morgen hat wieder eine Pressekonferenz bei Präsident Harding stattgefunden. Harding hat selber die Frage der Vereinigung der Nationen unberührt gelassen, aber danach gefragt antwortete er, daß eine Besprechung nicht in seiner Absicht gelegen hatte und daß sein Plan nicht etwa in der Richtung laufe, einen Rivaln oder eine Filiale des Völkerbundes zu schaffen. E wünsche iur gewissen Anregungen Ausdruck zu geben, welche die jetzige Konferenz angebahnt hatte. Harding war der Meinung die jetzige Konferenz sei schon zu sehr überlastet, um sich noch mit der Frage der Vereinigten Nationen zu beschäftigen Er betonte aber nochmals, daß er enttäuscht sein würde, wenn nicht regelmäßige Konferenzen dieser ersten folgen würden. Harding fügte hinzu, er habe den Gedanken nur geäußert, damit die Welt darüber nachdenken kann.

Die Washingtoner Konferenz über die Aufhebung der ausländischen Postbüros in China.

TU. **Washington,** 29. Nov. Die Kommission für den fernen Osten hat betreffend Aufhebung der ausländischen Postbüros in China endgültig beschlossen, in der Resolution kein Datum für die Aufhebung festzulegen. Die Aufhebung wird der chinesischen Regierung überlassen unter der Bedingung, daß der Postdienst in geordneten Bahnen vor sich geht.

Die irische Frage

TU. **London,** 30. Nov. Im Ulsterparlament hat Craig heute erklärt, daß Ulster kein alliiertes Parlament, wie von der englischen Regierung vorgeschlagen wurde, annehmen könne. Das Kabinett, das Parlament und das Volk von Ulster können unter den jetzigen Verhältnissen keine Sinnfeinerregierung für Irland dulden. Durch diese Erklärung sagt Craig in einem Kommuniqué, das in Uebereinstimmung mit der englischen Regierung aufgestellt wurde, sind die Verhandlungen noch nicht zu Ende gekommen. Sie werden noch eine Woche dauern, in welcher Zeit neue Vorschläge in Erwägung gezogen werden können.

Nach einer Reutermeldung sagte Craig, daß er jetzt auf die Veröffentlichung der Korrespondenz nicht drängen würde, aber falls nötig, würde er dies auch ohne Zustimmung tun, was auch die Folge sein möge. Craig schloß seine Rede mit folgender Erklärung, über die eine Uebereinstimmung mit Lloyd George erzielt wurde: Donnerstag werden die Verhandlungen mißlingen oder der erste Minister wird mir neue Vorschläge zur Erwägung im Ulsterkabinett zusenden. In der Zwischenzeit werden die Rechte von Ulster in keiner Weise geopfert oder aufs Spiel gesetzt werden.

wtb. **London,** 29. Nov. Lloyd George, Chamberlain und Lord Birkenhead hatten heute mit den Sinnfeiner-Delegierten eine Konferenz, auf der eine Reihe völlig neuer Vorschläge erörtert wurden. Diese Vorschläge werden Ulster nur vorgelegt werden, wenn die Sinnfeiner ihnen zuvor zugestimmt haben. Hiermit sind die Verhandlungen in ein neues Stadium getreten.

*

Churchill und die Rehabilitierung Europas.

wtb. **London,** 30. Nov. (Drahtber.) Churchill hielt gestern abend eine Rede auf einem Festessen der Ueberseebanken. Nachdem er sich mit der irischen Frage befaßt und erklärt hatte, er sei keineswegs ohne Hoffnung, wandte er sich der Washingtoner Konferenz zu. Churchill sagte, die auswärtige Politik löse sich in einem Dreibundabkommen zwischen Amerika, Großbritannien und Japan zur Sicherung der friedlichen Entwickelung im Stillen Ozean auf. Dieser Plan sei durch die Washingtoner Konferenz sehr gefördert worden. Es sei jedoch noch ein weiteres Dreibundabkommen für Europa notwendig, nämlich ein gutes Einvernehmen zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland für die Rehabilitierung Europas.

Kein Konflikt der Reichsregierung mit Bayern

TU. **München,** 30. Nov. (Drahtber.) Zu der Frage der Ueberwachung bayrischen Strafvollzuges durch das Reich erhielt die „München-Augsburger Abendzeitung" von ihrem Berliner Vertreter eine Information, worin zusammenfassend gesagt wird, daß man in Kreisen der Reichsregierung nicht geneigt sei, einen Konflikt mit Bayern über dessen Justizhoheit herbeizuführen.

Die deutsch-polnischen Kommissionen.

TU. **Berlin,** 30. Nov. (Drahtber.) Die Plätze, an welchen die deutsch-polnischen Komissionen tagen werden, sind nunmehr wie folgt bestimmt worden: In Kattowitz tagen die Ausschüsse für Eisenbahn, Geldwesen, Kohle, für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und für Sozialversicherung. Die Kommissionen für Zollwesen, für Ein- und Ausfuhr, allgemeine Bestimmungen juristischer Natur und Konzessionen, sowie für den Schutz der Minoritäten tagen in Beuthen. Der Ausschuß für Wasser und Elektrizität hat seinen Sitz in Hindenburg und derjenige für Post in Oppeln. Demnach haben 6 Ausschüsse ihren Sitz in den Deutschland verbleibenden Teilen Oberschlesiens und 3 Ausschüsse in den Polen zufallenden Gebieten. Die Polen werden in Kattowitz und die Deutschen [illegible] Wohnsitz nehmen.

zu verkaufen.
Näh. Geschäftsstelle
Alleinherstell[illegible]

Das „Weißbluten" der Betriebsvermögen.

Von A. Ecker

Je mehr man sich in die Konstruktion der bereits vorhandenen Reichssteuergesetze der Nachkriegszeit und den Sinn der dem Reichstage eben wieder vorliegenden Steuergesetzentwürfe vertieft, um so mehr kommt man zu der Auffassung, daß sie letzten Endes auf ein Weißbluten der Betriebsvermögen hinauslaufen, eine Wirkung, die ja auch eine Reihe anderer gesetzlicher Maßnahmen haben.

Der Hergang dieses „Weißblutens" ist, wenn wir die Gesamtheit der Reichssteuergesetze und Reichssteuervorlagen betrachten, der, daß der schwankende Markwert, der ja letzthin wieder einen gewaltigen Purzelbaum nach unten gemacht hat, vor wie nach zum Vergleichs- und Steuerberechnungsmaßstabe auch dort gemacht ist, wo ihm die Berechtigung hierzu gar nicht zukommt. Beispielsweise sei angenommen, ich hätte mir 1916 eine Maschine im Werte von 15 000 Mark angeschafft, die heute einen Wert von 100 000 Mark hat. Obschon ich vor wie nach immer nur diese Maschine habe, kann man ohne weiteres nach vorstehendem Grundsatze mir einen Vermögenszuwachs oder selbst ein Einkommen von 85 000 Mark imputieren. Zieht die Gesetzgebung auch noch nicht alle Konsequenzen aus diesem Prinzip, indem sie z. B. einen neuen Wertbegriff, den des „dauernden" gemeinen Werts und ähnliche Kinkerlitchen (z. B. § 59a des R. E. St. G.) einzuführen versucht, so hat sie das Prinzip selbst doch endgültig sanktioniert. Und es wird durchaus nicht bei dieser Sanktion bleiben.

Mit der Zunahme des Bedarfs und der Skrupellosigkeit der Steuergesetzgebung (wer weiß noch etwas davon, daß auch die Steuergesetzgebung eine sittliche sein muß) wird das Prinzip immer schärfer angewandt werden, bis es, vor dessen voller Anwendung man ursprünglich doch noch eine gewisse Scheu hatte, restlos durchgeführt ist.

Die Wirkung aber ist die, daß nach einer Reihe von Jahren die Maschine, die ich 1916 mit 15 000 Mark gekauft hatte, hin ist und daß, obschon ich nun eine neue Maschine kaufen möchte und müßte nach oben geschildertem Steuerprinzip, wenn sonst nichts dazwischen kommt, zwar noch 15 000 Mark habe, aber nicht mehr in der Lage bin, mir, und wenn ich den zwanzigfachen Betrag hinzutäte, eine Ersatzmaschine zu kaufen. Und das nennen wir „Weißbluten" der Betriebsvermögen, wobei wir zugeben, daß man auch eine Reihe anderer Bezeichnungen dafür finden könnte.

Besonders gefährlich wird die Sache dadurch, daß nachdem nun einmal in Deutschland im Augenblick der Kreis derer, die da glauben, Deutschland könne jeden Betrag zahlen, den man von ihm verlangt, noch relativ groß ist, immer weitere Steuern hinzukommen und so der Geldentwertung immer wieder neue Impulse gegeben werden. Das muß nämlich letzten Endes nicht nur zu einem Weißbluten, sondern zu einem Weißbluten in Permanenz führen, womit dann die ganze deutsche Wirtschaft begraben wäre, weil die Betriebsinhaber immer weniger in der Lage wären, die verfallenden Betriebsgegenstände zu ersetzen.

Alle die, die noch ein bißchen Verantwortlichkeit sich, ihrer Familie und den Volksgenossen gegenüber hinsichtlich der Aufrechterhaltung ihrer Betriebe in sich verspüren, werden dem oben angedeuteten steuerlichen Prinzipe schärfsten Kampf ansagen müssen. Und dieser Kampf wird nicht nur theoretischer, sondern auch praktischer Natur sein müssen. Und die praktische Seite wird, soweit es überhaupt möglich ist, in diesem Kampfe um so mehr zu betonen sein, je weniger Erfolge auf der theoretischen Seite zu buchen sind. Und daß letzteres in großem Umfange der Fall sein dürfte, nachdem heute jeder, der in gewandter Weise zwanzig politische Schlagworte im Zeitraum von einer Minute zu gebrauchen vermag, es „besser" weiß, ist wohl anzunehmen.

Den praktischen Kampf gegen das „Weißbluten" müßte man allerdings noch organisieren. Es könnte dies u. E. durch Einführung einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Ersatzversicherung geschehen, die man in der Landwirtschaft und im Gewerbe einzuführen hätte.

Gegenstand des versicherten Interesses hätte z. B. der Bestand an Kraftmaschinen und sonstigen Maschinen derart zu sein, daß nach Ablauf der Nutzungsdauer dieser Maschinen, diese durch neue gleichwertige und gleichartige ersetzt werden.

Der Versicherte hätte selbstverständlich eine den Wertschwankungen des Geldes folgenden und etwa an Inderziffern zu messende Prämie zu zahlen. Die Prämie würde also im Verhältnis zu der Gestaltung der Inderziffern steigen, wenn der Geldwert fiele und fallen, wenn der Geldwert stiege.

Sache der Versicherung wäre es, den hereinkommenden Prämienwerten ihre materielle (!) Kaufkraft zu erhalten und sich so in die Lage zu versetzen, die späteren Ansprüche der Versicherten befriedigen zu können.

Was ist hiermit erreicht? Zunächst einmal dies, daß die Ersatzgegenstände gesichert sind. Es ist aber weiter auch erreicht, daß die dem Ersatze der Erneuerung gewidmeten Beträge, nachdem Versicherungsprämien abzugsberechtigt sind, der Besteuerung, mithin auch der Wegsteuerung entzogen sind. Endlich handelt es sich hier noch nebenbei um eine Versicherung gegen die Geldentwertung. Jedenfalls böte eine derart gestaltete Versicherung einen gewaltigen Vorzug, z. B. gegenüber dem § 59a des Reichseinkommensteuergesetzes (Erneuerungsfonds) der noch einmal, wenn wir richtig sehen, die Natur eines Danaergeschenks annehmen wird.

Freilich könnte man durch gesetzgeberische Maßnahmen auch die hier vorgeschlagene Selbsthilfe anfechten. Es ist jedoch anzunehmen, daß, bis daß es hierzu überhaupt kommen könnte, die Steuergesetze wieder mit Verstand gemacht werden.

Neues aus aller Welt

Entgleisung eines D-Zuges.

wtb. **Breslau,** 30. Okt. (Drahtber.) Der D-Zug 42 entgleiste bei der Durchfahrt von Deutsch-Lippa. Die Maschine und ein Wagen wurden beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Die bolschewistische Bewegung in Portugal.

TU. **London,** 30. Nov. **Die „Times" melden, daß die Lage in Portugal äußerst ernst ist. Die bolschewistische Bewegung gewinn[illegible]**

...e Attentate und Eisenbahnüberfälle ...inister hat um die Entsendung von ... und spanischen Kriegsschiffen nach Lissabon ...gte und die konservative Partei fühlen sich ...ie revolutionäre Bewegung zu bekämpfen.

Vom Brüsseler Straßenbahnerstreik.

Tu. Brüssel, 30. Nov. Die Straßenbahngesellschaft hat den Streikenden eine Frist von 48 Stunden gestellt, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Dieses Ultimatum hat in Arbeiterkreisen größte Erregung hervorgerufen und man sieht erneut einem Generalstreik entgegen. Die Lage ist sehr ernst.

Vertrauensvotum der katholischen Gruppe für den belgischen Ministerpräsidenten.

Tu. Brüssel, 30. Nov. Die katholischen Gruppen haben gestern Versammlungen abgehalten, in denen einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, den bisherigen Ministerpräsidenten zu ersuchen, die Regierung weiterzuführen.

In Berlin wieder Licht.

wtb. **Berlin,** 30. Nov. Auf Grund der zwischen dem Magistrat und den Angestellten erzielten Einigung wurde die Stromversorgung Berlins wieder in Gang gesetzt, sodaß es um Mitternacht wieder Licht gab.

Ansammlungsverbot in Delhi.

wtb. **Delhi,** 29. Nov. In fünf Bezirken ist das Gesetz gegen aufrührerische Ansammlungen proklamiert worden. In Lahore wurden etwa 12 Personen verhaftet, weil sie versucht hatten, unerlaubte Kundgebungen zu veranstalten.

Klara Zetkin darf in Düsseldorf nicht reden.

Tu. Koblenz, 30. Nov. Infolge des Metallarbeiterstreiks haben die französischen Behörden das Auftreten Klara Zetkins in Düsseldorf untersagt.

Aus dem Landtage

Nach einigen Tagen der Ruhe setzte der preußische Landtag am Dienstag wiederum mit den Beratungen ein und zwar beschäftigte er sich mit dem Haushalt des Ministeriums des Innern. Das äußere Bild des Landtages ist nach dem Abebben der Lärm- und Obstruktionsszenen der Kommunisten das gleiche wie in den früheren Sitzungen, die hervorstechendes Interesse nicht beanspruchten. Nur hier und da ein kleines Geplänkel mit den linksradikalen Elementen, die gegen den Innenminister anlärmten. Zweifellos stand im Mittelpunkte der Debatte die große Rede des preußischen Innenministers Severing. Man muß sagen, daß er einen glücklichen Tag hatte und einen Ton fand, der bei allen vier Koalitionsparteien sicherlich Anklang finden wird. In mancher Beziehung trugen seine Ausführungen programmatischen Charakter. So beispielsweise in seinen Erklärungen über seine Stellung zur Beamtenschaft und in der Verwaltung. Der Minister hebt hervor, daß er loyale deutschnationale Beamte, die monarchistisch seien bis auf die Knochen, in der Verwaltung durchaus nicht ungern sähe, wie er auf der anderen Seite Gewicht darauf legen müsse, die Kommunisten mit dem Staatsgedanken auszusöhnen und sie zum Verwaltungskörper heranzuziehen. Man wird ihm aber auch darin durchaus Recht geben müssen, wenn er hinzufügt: Gesinnungsschnüffelei soll nicht getrieben werden — aber der Staat bekundet nur den Selbsterhaltungstrieb, wenn er die Beamten bevorzugt, die auf dem Boden der demokratisch-republikanischen Staatsform stehen. Und man wird dem Minister beipflichten, wenn er aus diesem Grunde nicht die monarchistischen Beamten begünstigt, sondern die die treu auf dem Boden der Verfassung stehen. Denn auch wir sind der Meinung, daß die Arbeitsfreudigkeit, die ihre Antriebe im Innern Einverständnis mit der heutigen Staatsordnung erhält, auch in der Arbeit des Beamten schwer wiegt, wenn wir damit auch nicht sagen sollen, daß die Arbeitspflicht der Andersgesinnten weniger anerkennenswert einzuschätzen sei. Auf einen Zwischenruf: „Stinnes" geht der Minister ein. Er greift ihn auf und gibt seine Meinung dahin kund, daß er Herrn Stinnes für eine Potenz unseres Wirtschaftslebens halte; er sei einer der hervorragendsten Männer im deutschen Wirtschaftsleben, dem man von allen Seiten Achtung entgegenbringen müsse. Herr Stinnes sei bedürfnislos. Er verwende die Gewinne dazu, neue Kohlenfelder zu erschließen, anstatt sie in Weinstuben zu verprassen. Severing spricht über die Schupo und ist der Ansicht, daß sie allmählich zu einer wirklichen Polizei gemacht werden müsse, sie solle nicht Polizeitruppe bleiben — aber solange sich Leute einbildeten, durch Aufstände die heutige Staatsform ändern zu können, sei zunächst nichts daran zu ändern. Er spricht weiter über die Selbstverwaltung der Gemeinden. Sie soll so geschützt werden, wie dies wünschenswert erscheint. Vom Mitteldeutschen Aufstand teilt er die Verluste mit, bei der Schutzpolizei 34 Tote und 56 Verwundete, bei der Zivilbevölkerung 145 Tote und 151 Verwundete, und 1 Vermißter. Bei seinen Ausführungen über das Ostjudenproblem kündigt der Minister ein

Reichsfremdenrecht

an, das baldigst geschaffen werden soll, und auf dessen baldige Verabschiedung sein Ressort drängen werde. Einiges über den Reigenprozeß und Prof. Brunner fügt er hinzu. Er will der Staatsanwaltschaft in ähnlichen Fällen eine kleine Kommission von Künstlern und Schriftstellern empfehlen, die als Gutachter fungieren sollen. In diesen Dingen sind wir sehr skeptisch; auch erzieherische pädagogische und psychologische Momente spielen hierbei eine Rolle. Soll diese Gutachterkommission Sinn und Zweck haben, dann muß ihre Zusammensetzung auch diesem Faktor Rechnung tragen. Nach ihm spricht die Opposition.

Wirtschaftliche Rundschau

Bei der Deutschen Reichsbank hat sich der Notenumlauf in der dritten Novemberwoche von 95 186,1 auf 96 463,8 Mill. Mark erhöht.

*

Der Besitz der Sparkassen an Kriegsanleihen. Auf dem Allgemeinen Deutschen Sparkassentage in Nürnberg beschäftigten sich wiederum mehrere Redner mit der Frage, was geschehen könne, um die Sparkassen von den erheblichen Kursverlusten zu befreien, die sich an ihren starken Beständen selbstgezeichneter Kriegsanleihen erlitten haben. Die Lösung dieser Frage liegt nicht allein im Interesse der Sparkassen und der Kommunalverbände, sondern in gleichem Maß im Interesse des Reichskredits. Dem Reich würde, so wird in der Zeitschrift des deutschen Sparkassenverbandes ausgeführt, wenn es wieder einmal zur Ausgabe einer inneren Anleihe schreitet, die Unterbringung der Anleihe ohne Mitwirkung der Sparkassen schwerlich möglich sein, und andererseits kann diesen die Uebernahme von Reichsanleihe nicht zugemutet werden, wenn sie daran bedeutende Verluste zu gewärtigen haben. Bisher hat die Reichsfinanzverwaltung sich den Vorschlägen der Sparkassenvertretung gegenüber ablehnend verhalten, insbesondere hat sie es wiederholt abgelehnt, die von den Sparkassen gezeichnete Kriegsanleihe bei der Steuerzahlung in ähnlicher Weise zu bevorzugen, wie es hinsichtlich der von den Genossenschaften gezeichneten geschehen ist. Auch auf die Entschließung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates vom 10. Juni, in der die Reichsregierung ersucht wurde, über Abhilfemaßnahmen in Erwägung einzutreten, hat die Reichsregierung bisher noch nicht Stellung genommen. Neuerdings sind im Reichsfinanzministerium Erwägungen darüber im Gange. Bei der zweiten Lesung der neuen Vermögenssteuergesetzentwürfe im vorläufigen Reichswirtschaftsrat sind zwei, in erster Lesung abgelehnte Anträge (Dr. Crüger und Genossen und Künzer und Genossen) zur Annahme gelangt, in denen beantragt wird, in die Vermögenssteuergesetze „die Bestimmung des § 43 des Reichsnotopfergesetzes betr. die Bezahlung der Steuern mit selbstgezeichneter Kriegsanleihe, unter Einbeziehung der von öffentlichen Sparkassen gezeichneten Anleihe, aufnehmne zu wollen."

Aus Stadt und Amt Rheine

Donnerstag, den 1. Dezember 1921.

Das Steyler Missionsmuseum in Rheine

Gewaltig ist der Zudrang zu der Missionsausstellung im Paulushause. Sehenswert ist alles, was dort gezeigt wird. Schreiber dieses hat vor mehr als zehn Jahren mit einem Gesellenverein einen Ausflug nach Steyl gemacht. Groß war die Spannung, da nur wenige von ihnen ein Missionskloster gesehen hatten. Doch größer wurde das Staunen, als den jungen Männern das Kloster mit all seinen Anlagen und Betrieben gezeigt wurde von den gastfreudigen Patres. Es ist in Wirklichkeit eine kleine Stadt für sich: Das Männerkloster und hinter dem Hügel das große Frauenkloster. Das größte Interesse jedoch erregte das Museum, das inzwischen noch bedeutend ergänzt worden ist. Aus allen Missionsgebieten der Steyler Missionäre kann man Gegenstände bewundern. Ein bedeutender Teil der Sehenswürdigkeiten ist nun hier in Rheine zur Besichtigung ausgestellt; sie werden von Missionären erklärt. Die Togo-Abteilung zeigt den erstaunten Augen der Zuschauer afrikanisches Geld und Elfenbein, die China-Abteilung chinesisches Porzellan. — Die Verlosung zum Besten der Missionen findet auch großen Anklang. Geschenke für Gewinne werden noch immer mit Dank entgegengenommen. Zigarren, Zigaretten und Tabak, Lebensmittel, wie Würste, Zucker usw. werden noch vermißt. Wenn alle Geschäfte etwas hinschicken, wird die Freude der Gewinner um so größer sein. Lose sind in der Ausstellung zu erwerben.

Generalversammlung des landwirtschaftl. Lokalvereins Rheine-Emsdetten-Neuenkirchen

Unter dem Vorsitz des Herrn Schulte-Mesum fand gestern Nachmittag um 3 Uhr im Gesellenhause eine Sitzung des Landw. Lokalvereins Rheine-Emsdetten-Neuenkirchen statt. Zum Bericht über den Verlauf des Sommerfestes teilte Herr Jesse mit, daß das Fest dem Verein einen Ueberschuß von 79.80 Mark eingebracht habe. Es waren vereinnahmt 5245 M, denen an Auslagen 5165,20 Mark gegenüberstanden. Der anschließende Kassenbericht ergab an Einnahme einschl. des Bestandes 11 144.15 Mark, an Ausgaben 7365,75 Mark, also einen Bestand von 3779.15 Mark. — Der Beitrag, der bislang nur 3 Mark betragen hatte, wurde auf 15 Mark festgesetzt. Es wurden Stimmen laut, daß 15 Mark für viele Mitglieder, namentlich für die, die aus der Bürgerschaft dem Verein angehörten, ziemlich reichlich sei, demgegenüber aber wurde der Beschluß gefaßt, künftighin auf den Festlichkeiten keine weiteren Beiträge zu erheben. Da man der Ansicht war, mit dem Beitrag von 15 Mark sämtliche Unkosten decken zu können. — An die Erledigung der geschäftlichen Punkte der Tagesordnung schloß sich ein Werbereferat des Oberförsters Frhr. v. Kettenburg über „Privatbesitz und Waldbauverein". Der Referent wies darauf hin, daß der Gedanke des Zusammenschlusses der Waldbesitzer zu einem Waldbauverein im Kreise Steinfurt noch nicht so recht Fuß gefaßt habe. Es bestehe ein Kreisverein, der es sich angelegen sein lasse, sämtliche Waldbesitzer durch Bildung von Untergruppen zusammenzufassen, um so eine geschlossene Macht zu bilden. Jeder Einzelne sei in der Durchdrückung von Forderungen machtlos, nur die Masse könne einen wirksamen Druck ausüben. Anschließend gab der Referent kurze Mitteilung über das, was der Waldverein schon erreicht habe. Das preußische Forstkulturgesetz sei wegen der Proteste des Vereins zurückgesetzt. Jetzt tauche ein neues Gesetz auf. Der Entwurf betitele sich „Gesetzentwurf betr. Erhöhung des Baumbestandes im Interesse der Volksgesundheit." Dieser Entwurf aber habe einen Boxfuß insofern, als es den Privatwaldbesitzer in seiner Bewegungsfreiheit behindere. Für das Ruhrkohlenrevier bestehe schon ein ähnliches Gesetz. Dieses rufe schon Unstimmigkeiten hervor. Um auf dem Gebiete der Gesetzgebung berechtigte Forderungen durchzudrücken, müsse sich der Waldbesitz zusammenschließen, dann bilde er eine Macht, um gegen unberechtigte Gesetzentwürfe vorzugehen. Zurzeit beständen in Westfalen 70 Waldbauvereine mit einer Mitgliederzahl von 13 000 und einer Waldfläche von 130—140 000 Hektar. Nicht weniger als 85 Prozent aller Mitglieder der Waldbauvereine seien kleiner und kleinster Besitzer, sodaß für diese der Zusammenschluß gerade von Vorteil sei. — Eine möglichst schnelle Gründung einer Ortsgruppe Rheine des Kreisvereins Steinfurt sei ein Erfordernis der Zeit. Ueber einschlägige Maßnahmen, die an den höchsten Stellen getroffen würden, würden die Mitglieder auf dem Laufenden gehalten. Dadurch sei es möglich, etwaige Proteste scharf und sofort durchzudrücken. Der Referent hielt es für ausgeschlossen, daß die Holzpreise auf Generationen hinaus niedriger würden, da Holz ein Weltmarktsartikel sei, dessen Preis eine steigende Tendenz in der ganzen Welt aufweise. In Deutschland sei die Abnahme des Holzbestandes nicht zuletzt auch Ursache der Stockung im Baugewerbe. Es dürfe kein Raubbau getrieben werden, sondern die Waldbestände müßten rationell wieder bewirtschaftet werden. Ueber Fragen dieser Art gäben auch die Waldbauvereine Auskunft. Es habe ein Zusammenschluß den Vorteil, daß die Mitglieder unter forsttechnischer Beratung ständen. Mit einem Appell zur Gründung eines Ortsvereins schloß der Referent seine belehrenden Ausführungen. — In der anschließenden Diskussion sagte der Referent auf eine Anfrage, daß der Beitrag für den Waldbauverein 50 Pf. pro Morgen augenblicklich betrage. Die Versammlung war der Ansicht, daß der landw. Ortsverein in seiner nächsten Sitzung die Frage der Gründung eines örtlichen Waldbauvereins zur Diskussion stellen solle. Aus der Versammlung wurde dann noch die Anregung gegeben, dahin zu wirken, daß für den Waldschutz Beamte angestellt würden, namentlich in der Nähe der Städte. — Zum letzten Punkte der Tagesordnung wurde mit großer Majorität beschlossen am 25. Januar n. Js. ein Winterfest im Elversschen Saale abzuhalten, auf dem in einem längeren Referat das Thema: „Freimaurerei und Judentum mit Rücksicht auf den Weltkrieg" behandelt werden sollte. Der Beginn des Festes wurde auf 3 Uhr angesetzt.

Nach Erledigung kleiner Angelegenheiten, von dem eine sich mit dem Ankauf von Obstbäumen im Frühjahr befaßte, wurde die Versammlung mit dem Wunsche, daß der Vorsitzende, Herr Amtmann Dr Schulte-Westhoff, der wegen Krankheit verhindert sei, die nächste Sitzung wieder leiten könne, geschlossen.

** **Lichtbildervortrag.** Am Freitagabend 6 Uhr wird auf der Aula unseres Gymnasiums ein Lichtbildervortrag gehalten werden über die „Eisenerze und ihre Verhüttung". Die Kultur begann erst mit der Entdeckung des Eisens und sie schritt weiter vor mit der Vervollkommnung in der Technik der Eisengewinnung und mit der Verbesserung der Eisensorten. Daher sollte es jeder Gebildeten Pflicht sein, wenigstens einen kleinen Einblick in das Getriebe unserer Eisenindustrie zu gewinnen. Wer dazu keine Gelegenheit hat, kann am Freitag durch Wort und Bild ein genügendes Verständnis unseres wichtigsten Kulturfaktors erlangen.

= **Neuregelung der Verkaufszeit für Webwaren.** Die Webwarenvereinigung hat in ihrer Tagung am Dienstagabend die Verkaufszeit im Dezember folgendermaßen festgesetzt: Vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—7 Uhr.

* **Theatervorstellung in Mesum.** Am Sonntag, den 4. und Donnerstag, den 8. Dezember, nachm. 4,30 Uhr gelangt im Vereinslokale der Junggesellenschützengesellschaft das historische Schauspiel „Der König der Wiedertäufer oder die Wiedertäufer von Münster" zur Aufführung, gelei[illegible] der Gesellschaft. Das Stück versetzt uns in die Zeit der Wiedertäufer in Münster zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Es gibt uns einen Ausschnitt aus dem Leben jener Zeit. Die Stadt wurde in dem wiedertäuferischen Unsinn der Schauplatz wildester Ausschweifungen, bis endlich durch mehrere Fürsten im Verein mit dem Bischof die Stadt eingenommen und durch die Hinrichtung der fanatischen Anführer dem neuen Reich, das die Wiedertäufer errichtet hatten, am 24. Juni 1535 ein Ende gemacht wurde.

)(**Sportvereinigung 09.** Auf die am Freitag, den 2. ds. Mts., abends 7,30 Uhr stattfindenden Monatsversammlung im Vereinslokal „Kronenburg", seien die Mitglieder an dieser Stelle nochmals hingewiesen. (S. Anz.)

* **Vorturner-Vereinigung der Rheiner Turnvereine.** Am Freitag, den 2. ds. Mts., abends 8,30 Uhr Uebungsabend für das am Sonntag, den 4. ds. Mts. in Burgsteinfurt stattfindende Werbeturnen. Jeder muß zur Stelle sein.

Arbeiterverein St. Paulus. Freitagabend 8 Uhr Vorstandssitzung.

Provinznachrichten.

Brochterbeck, 29. Nov. **Industrielles.** Von dem Großindustriellen Thyssen ist das Kalk- und Mergelwerk Lindner in Brochterberg angkauft worden. Es sind bedeutende Anlagen zur Erzeugung künstlicht Düngemittl geplant.

)(**Lippstadt,** 28. Nov. **Hohes Alter.** Rechnungsrat Keil begeht heute seinen 95. Geburtstag. Er ist der älteste Einwohner der Stadt Lippstadt.

Aus der komunistischen Bwegung.

)(**Bochum,** 29. Nov. **Im kommunistisch-unionistischen Lager** trifft man Vorbreitungen zu iner „neuen Aktion". In einer Versammlung von etwa 200 Mitgliedern der linksradikalen Betriebsräte des Ruhrreviers forderte der Hauptredner zur Bildung einer „Einheitsfront auf anderer Grundlage" auf. Die Betriebsräte müßten die maßgebenden Faktoren bei den Lohnverhandlungen abgeben. Gewerkschaftsführer und Reichsarbeitsministerim könnten als Berater an diesen Verhandlungen teilnehmen. Die Parole laute: Biegen oder Brechen! Eine Entschließung forderte alle Betriebsräte auf, in den nächsten Tagen sich über den Beitritt zur neuen Einheitsfrfont zu erklären, widrigenalls sie zum „Teufel gejagt" würden. (!). In einer späteren Konferenz wurden alle Betriebsräte zur Abgabe ihrer Adressen aufgefordert zur Benachrichtigung bei einem plötzlichen „Losgehen". Von verschiedenen Stellen habe man die Gewißheit erhalten, daß man im Osten, Westen und Mitteldeutschlnd zur Aufnahme des Kampfes bereit sei.

Köln, 29. Nov. **Der Kommunistenführer Eppstein** wurde gestern Vormittag von der Krimnalpolizei verhafte. Eppstein hat bekanntlich bei allen Spartakus-Unruhen im Industriegebiet eine frürende Rolle gespielt; in den Tagen nach dem Kapp-Putsch tat er sich in der Leitung der Kämpfe am Essener Wasserturm hervor, die bekanntlich zu der Niedermetzelung der Verteidiger jens Turmes führten. Wegen welcher Tat er jetzt verhaftet ist, wird nicht gemeldet; es ist aberangesichts der wiederholt erlassenen Gesamtamnestien wahrscheinlich, daß Eppstein wegen seiner früheren Bluttaten nicht mehr vor Gericht gezogen werden kann.

)(**Dortmund,** 28. Nov. **Feuer** entstand gestern abend um 10 Uhr auf dem Hörder Phönix in der Dampfzentrale des Eisenwerkes. Die Sirenen heulten klagend durch die Nacht. Es gelang der Werksfeuerwehr bald, das Feuer zu ersticken, so daß der Schaden nicht sehr groß ist.

)(**Dortmund,** 28. Nov. **Vergiftung durch gefundene Tabletten.** Durch den sträflichen Leichtsinn einer Arbeiterin wurde das Leben mehrerer Arbeiterinnen aufs Spiel gesetzt. Die Arbeiterin fand auf einem Schuttabladeplatz im Stadtteil Huckarde mehrere Rollen Tabletten, die sie auf ihrer Arbeitsstätte an mehrere Arbeiterinnen verschenkte. Bei drei Arbeiterinnen stellten sich bald nach dem Genuß der Tabletten Vergiftungserscheinungen ein, so daß sie schleunigst dem Krankenhause zugeführt werden mußten.

)(**Dortmund,** 28. Nov. **Straßenraub.** Nachts gegen 1 Uhr wurde ein Konditor an der Evingerstraße von drei Kerlen überfallen und seiner Brieftasche mit 4000 Mark beraubt.

)(**Suderwich,** 28 Nov. **Im Zeichen des Gulden.** Wir lesen im „Bocholter Volksblatt": Der Tiefstand unserer Mark bringt an der Grenze, so besonders in nahen Dinxperloe, höchst sonderbare Verhältnisse hervor. Bekanntlich teilt die Landstraße unsern Ort von dem holländischen Städtchen. Während auf der einen Seite schlecht und recht mit der deutschen Papiermark gekrebst wird, besteht auf der anderen Seite der Straße die Guldenwährung. Hierdurch kann der Fremde, der zufällig hinkommt, in eine eigenartige Zwickmühle geraten; denn während er in der deutschen Gastwirtschaft rechtsseits für ein Glas Bier eine Mark und für einen Schnaps zwei Mark bezahlt, muß er in der gerade gegenüberliegenden holländischen Wirtschaft für die nämlichen Sachen zwölf bezw. fünfzig Mark bezahlen. Genau ist es mit den anderen Artikeln, die in den zu beiden Seiten der Straße liegenden Geschäfte feilgeboten werden.

Die Streikbewegung der Straßenbahner im Industriegebiet.

* **Gelsenkirchen,** 29. Nov. Der Straßenbahnerstreit ist beendet. Die Straßenbahner haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

)(**Gevelsberg,** 28 Nov. **Vergiftet.** Unter den Teilnehmern am Silberhochzeitsmahl der Eheleute Meißner, die, wie berichtet nach oem Genuß von Gemüsekonserven unter Vergiftungserscheinungen erkrankten, befand sich auch die Familie des Expedienten Pieper. Jetzt ist das Familienoberhaupt der Vergiftung erlegen. Frau, Sohn und Tochter liegen noch bedenklich darnieder.

)(**Heessen,** 28. Nov. **Einbruch.** Vor einigen Nächten wurde in die Wirtschaft Weißenburg eingebrochen. Die Diebe drangen durch ein eingeschlagenes Fenster in das Lokal und stahlen eine Menge Zigarren, Zigaretten und Getränke. Anscheinend ist eine weibliche Person beim Einbruch beteiligt gewesen. Es wurde inzwischen eine Person verhaftet unter dem Verdachte, Mittäter zu sein

* **Koblenz,** 29. Nov. **Verlängerung des Verbotes des Kleinhandelsverkaufs an Ausländer im besetzten Gebiete.** Bekanntlich hatte die Interalliierte Rheinlandkommission die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz und die Verordnungen der übrigen von der Besetzung betroffenen Länder über das Verbot des Kleinhandelsverkaufs an Ausländer bis zum 1. Dezember zugelassen. Wie der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete mitteilt, hat die Interallierte Rheinlandkommission nunmehr diese Verordnung nochmals bis zum 31. Dzember im gesamten besetzten Gebiete zugelassen.

Soziales

Zum Lohnstreik der Schuhmacher.

* **Dortmund,** 29. Nov. In dem Lohnstreik der Schuhmacher von Dortmund tagte am 29. November unter Vorsitz eines Vertreters des Reichs- und Staatskommissars die Tarifkommission gemäß § 13 des Tarifvertrages. Die Mindeststundenlöhne wurden wie folgt festgesetzt: für Gehilfen über 21 Jahre auf 10 Mark, für solche im Alter von 19—21 Jahren 9,20 Mark, unter 19 Jahren 8,30 Mark, für Zuschneider auf 10,40 Mark, für Maschinenarbeiter in einem Betriebe mit mindestens 5 Gehilfen auf 10,40 Mark, für Meister und Geschäftsführer auf 10,80 Mark. Ueber den Abschluß eines neuen Tarifvertrages, über eine eventl. Aenderung der Arbeitszeit bei Stückarbeit und über Festsetzung von Vergütungen [illegible] die ihr Werkzeug selbst stellen, werden die Parteien [illegible]handeln.

Sitzung des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates.

Bericht der Sachverständigen-Kommission der Rentmeisterverbände am 20., 21. und 22. Okt. im Herrenhause

Referent wies sodan auf das Veranlagungs- und Erhebungssystem unter der Herrschaft der früheren preußischen Staatssteuergesetze hin, schilderte den historischen Entwickelungsgang des Einziehungsverfahrens durch die früheren Königlichen Rentmeister und den Uebergang des geamten Erhebungsdienstes am 1. April 1895 auf die Stadt- und Gemeindekassenverwalter. Die bisherigen Erhebungsbeamten — die Stadt- und Gemeindeverwalter — seien durch die Praxis geschulte und erzrobte Beamte, die neben einem reichen Schatz von Erfahrungen eine genaue Kenntnis der lokalen Verhältnisse, wie auch der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse besäßen. Diese Eigenschaften hätten im fiskalischen Interesse große Vorzüge für sich, wie sie andererseits viele Härten gegen gutwillige Steuerzahler zu beseitigen vermöchten. Der Gemeindekassenverwalter kenne die gutwilligen und phlegmatischen Steuerzahler, er kenne die Drückeberger und gewohnheitsmäßigen Steuerhinauerzieher, er wisse, in welchen Fällen er milde Nachsicht üb. oder auch rücksichtslose Strenge anzuwenden wie er Güte und Zwang abzuwägen habe. Eine unwiderlegbare Tatsache sei es, daß gerade auf dem platten Lande und in den Klein- und Mittelstädten der Steuerzahler diese individuelle Behandlung gewöhnt sei und dadurch viele Steuerausfälle hätten vermieden werden können. Ein größerer Finanzamtsbezirk mit einer abgelegenen Steuerzahlstelle würde niemals diese engere Fühlung mit dem Steuerzahler erreichen und die Geschäftsabwickelung bliebe stets eine schematische, die sich in erheblichen Steuerausfällen rächen dürfte. Steuerverdrossenheit und Verärgerung würde in noch viel größerem Maße auf Steuerhinterziehungsgedanken bringen wie bisher. Vom technischen und praktischen Standpunkte aus betrachtet, müßte die reichseigene Steuererhebung als unzweckmäßig und unökonomisch angesprochen werden, was Referent durch weitere Beispiele klar zu machen versuchte.

Hier auch hinsichtlich der Kostenfrage dürften zwingende Gründe für die Beibehaltung und allgemeine Einführung alle notwendigen Einrichtungen, welche die Reichssteuererhebung erfordert, während für neue Reichshebestellen riesige Aufwendungen persönlicher und sächlicher Art für den großen Beamtenapparat, den Bau und die Unterhaltung von ausreichenden Kassenräumen und Beamtendienstwohnungen und auch für die innere Einrichtung der Kassenräume fortdauernd gemacht werden müßten, welche die Reichskasse ganz erheblich belasten und einen wesentlichen Teil des Steueraufkommens verschlingen würden. Bei der Erhebung durch die Gemeinden wären diese Aufwendungen nicht notwendig; es dürfte wohl in den meisten Fällen nur eine mäßige Vermehrung des Beamtenhilfspersonals genügen. Diese Mehraufwendungen ließen sich zum Teil ohne Schwierigkeiten aus der den Gemeinden zu zahlend Erhebungskosten decken. Bei der Betrachtung der Gesamtverhältnisse sei es notwendig zu erwähnen, **daß die vorhandenen Einrichtungen der Gemeinden für deren eigenen Bedürfnisse, für die Erhebung der ihnen verbliebenen Steuern, Abgaben und Beiträge ungeschmälert beibehalten werden müßten, daß diese Kosten der Reichssteuerhebestellen parallel laufen würden.** Diese Kosten könnten demnach bei Ausnützung der Gemeindeorgane an Reichsstelle gespart werden. In der heutigen Zeit, in der die größte Sparsamkeit die dringendste Forderung sei, um den Aufbau und die Gesundung unserer Finanzwirtschaft zu ermöglichen, müßten möglichst hohe Steuererträgnisse ihren eigentlichen Aufgaben zugeführt, anstatt durch Verwaltungskosten verschlungen zu werden. Die Kostenfrage dürfte nur dann eine nebensächlichere Rolle spielen, wenn wichtigere Momente von größerer Bedeutung ihr voranzustellen sein würden. Solche lägen aber nicht vor; denn die die Befürchtung, daß die Gemeindekassen die Steuern nicht oder nicht rechtzeitig ablieferten und zeitweise mit den Geldern wirtschafteten, sei nicht stichhaltig und müßte vor der Notwendigkeit desSparsamen Haushalts unbdingt zurücktreten. Die Reichsverwaltung habe Mittel und Wege genug, eine terminmäßige Steuerablieferung durchzusetzen. Finanzielle Gesichtspunkte — vor allem der Standpunkt der Sparsamkeit — müßte unbedingt für die Beibehaltung des bisherigen einfachen zweckmäßigen und billigen Erhebungssystems sprechen.

Die Verbuchung der Rechssteuern bei der Erhebung durch die örtlichen Gemeindekassen biete in technischer Hinsicht keine Schwierigkeiten, sie erfolge wie bisher bei den Staats- und Kriegssteuern in übersichtlicher Weise und ermögliche in jedem Augenblick den kassen- und rechnungsmäßigen Nachweis der Reichssteuerbestände getrennt nach jeder Steuergattung. Die Ablieferung erfolgte am Schlusse jeden Monats, sodaß also auch in technischer Hinsicht unbedenklich dem billigen System zugestimmt werden könne, zumal dadurch der Gedonk der reichseigenen Steuererhebung nicht verletzt würde, weil die Gemeindekassen im Punkte der Steuererhebung der Reichsfinanzverwaltung untergeordnet wären.

Zusammenfassend könnte aus diesen Ausführung die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die Uebertragung der der Reichssteuererhebung, und zwar die **Erhebung der Ertragssteuern wie Reichseinkommen-, Lohn-, Körperschafts-, Umsatz-, Grunderwerbs-, steuer aus Zweckmäßigkeits- und Sparsamkeitsgründen,** aber auch aus vielen sonstigen Erwägungen im **Interesse der Steuerzahler** am besten **den örtlichen Gemeindekassen belassen, bezw. zu gewiesen werde.** Dieselben wichtigen Gründe sprechen im selben Maße für die Uebertragung des Vorveranlagungsverfahrens — ähnlich wie die Voreinschätzung bei der früheren Preußischen Staatseinkommensteuer — auf die Gemeinden. Die Beantwortung des Fragebogens hielt sich im Rahmen dieser Ausführungen. Es wurde noch besonders auf die Schädigungen hingewiesen, die dem Reich durch die verspätete Steuerveranlagung zugefügt wurden infolge der Uneinziehbarkeit vieler Steuerbeträge. Naturgemäß würden in der großen Zeitspanne zwischen Veranlagungszeitraum, der Veranlagung selbst und der Erhebung eine Verschiebung in den Einkommen- u. Vermögensverhältnissen mancher Berufe eingetreten sein, so z. B. würden mit Sicherheit die Kriegs- und Revolutionsgewinnler (sog. Schieber) die 1920 noch über enorme Vermögen verfügten, heute nicht mehr zu fassen sein. Andererseits wäre aber auch eine große Schädigung des Mittelstandes (freie Berufe Gewerbetreibende, Handwerker, Landwirte, und Rentner) darin zu erblicken, daß sie die für mehrere Jahre aufgelaufenen Steuerbeträge in einer Summe nachzuzahlen verpflichtet wären, wodurch vielfach Vermögenswerte und Betriebskapitalien in irgendeiner Weise in Anspruch genommen werden müßten, die manchen Fällen den finanziellen Zusammenbruch unvermeidlich machten. Aber auch hierbei sei das Reich in der Hauptsache wieder der Leidtragende, weil viele Steuernachforderungen von diesen Erwerbsgruppen einfach nicht mehr eingetrieben werden konnten und niedrgeschlagen werden müßten.

Sodann beleuchtete der Referent das Steuermarkensystem in seiner jetzigen Form und forderte dessen Beseitigung weil es sich im Kreise der Steuerpflichtigen keiner Beliebtheit erfreute. Er glaubte versichern zu dürfen, daß die große Masse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Barzahlung bevorzugten. Diese läge aber auch unstreitig im fiskalischen Interesse. Sie beseitige Millionenschädigungen durch Markenfälschungen und erspare die nicht unerheblichen Kosten der Steuermarken- und Ausgabe. Könnte sich das Reich gestems nicht entschließen, dann kämen noch die lung von Kontrolleuren — ähnlich wie bei der rung — hinzu, die zur Ausübung einer besseren wendigerweise gefordert werden müßten.

Hieran anschließend beantragte der Referent die Zurücknahme der Ministerialerlasse in Erwägung zu ziehen, die eine Verzinsung der zu spät eingezahlten Steuerbeträge forderten. Diese Bestimmungen seien im höchsten Maße geeignet, die Steuerverärgerung noch mehr zu schüren und bis zur Siedehitze zu treiben, während die Einnahmen in keinem Verhältnis zu der Mehrarbeit ständen. Dasselbe Schicksal müßte **auch dem Ministerialerlaß bereitet werden, durch den die direkte Ablieferung der Lohnsteuer vom Arbeitgeber an die Finanzkassen vorgeschrieben würde, weil er die allgemeine Verwirrung noch mehr steigere.**

Zur Hebung der Arbeitsfreude der Beamten und Angestellten müßte es eine vornehme Sorge der Verwaltung sein, für eine ausreichende Besoldung einzutreten, insbesondere müßten die Gemeindebehörden angehalten werden, die Hebegebühren zunächst zur Beschaffung und Besoldung der notwendigen Angestelltenkräfte zu verwenden. Hierin ließen es die Gemeinden bedauerlicherweise fehlen.

Zum Schlusse richtete der Referent an den Finanzpolitischen Ausschuß die Bitte, darauf hinzuwirken, daß vor Erlaß von Bestimmungen bezüglich der Veranlagung und Erhebung der Reichssteuern seitens der Reichsfinanzverwaltung **Sachverständige aus dem Stadt- und Gemeinderentmeisterverbande** zugezogen werden möchten.

Die Unterstützung dieses Antrages wurde zugesagt.

Die nachfolgenden Redner — zum Teil Mitglieder des Ausschusses — wünschten Aufklärungen über Fragen bezgl. des Steuemarkensystems und andere Redner war nur so schwer verständlich, daß ihren zudem unerheblichen Ausführung weniger gefolgt werden konnte.

Nach 7 Uhr abends wurde die Sitzung auf Sonnabend den 22. Oktober vormittags 9 Uhr vertagt.

(Schluß folgt.)

Handelsnachrichten.

Kursbericht

Mitgeteilt von der
Osnabrücker Bank, Zweiganstalt Rheine.
Devisenkurse.

Berlin, den 30. Novemer 1921.

	vor. Kurs	Kurs vom 30. Nov.	Höchste bish. Gr	Friedens stand
Amsterdam Rotterdam	9840.15	8708.70	10610 50	168.75
Antwerpen und Brüssel	—	1631.65	2177.20	—
Kopenhagen, . . .	—	4504.50	5555.55	112.50
London	1098.90	976	1181.20	20.40
New-York	275.97	245	310.31	4.20
Paris	—	1701.17	2242.25	81,30
Schweizer Plätze .	—	4654 65	5750.75	21

Rotationsdruck und Verlag von **Joseph Altmeppen,** Buchdruckerei und Zeitungsverlag. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Schriftleiter Dr. **Erich Altmeppen,** für den Anzeigen- und Reklamenteil **Joseph Altmeppen,** sämtlich in **Rheine.**
Bei Eintritt höherer Gewalten, Papiermangel, Versagen der Lieferungsmittel, wird keine Gewähr für Lieferung geleistet; auch nicht für Anzeigen bezüglich Platz und Tag der Aufnahme. Rückzahlung der Bezugsgelder wegen ungenügender Lieferung ausgeschlossen. Für Aufbewahrung und Zurückgabe unverlangter Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

LUHNS Wasch-Extrakt | das solide, hochwertige Seifenpulver
schont und erhält Ihre teure Wäsche,
macht sie fein sauber (**ohne** Zauber!)

Luhns mit Rotband ist in den von früher bekannten Läden zu 2.25 das Paket zu haben.
Für Wiederverkäufer ist LUHNS bei den bekannten Grossisten erhältlich.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, unsern lieben, treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Landwirt
Bernhard Lanze

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Er starb nach kurzem schweren Leiden, infolge Altersschwäche, wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel und gestärkt durch den andächtigen Empfang der hl Sterbesakramente, sanft und gottergeben, im Alter von 77 Jahren

Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet für den teuren Verstorbenen bitten:

Altenrheine, den 30 November 1921.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Lanze.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, den 3 Dezbr. morgens 8 Uhr vom Sterbehause aus, gleich darauf das feierliche Seelenamt in der Basilika.
Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir diese als solche anzusehrn

Statt Karten.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode meiner lieben Frau, unserer guten, treusorgenden Mutter sprechen wir hierdurch unsern tiefgefühlten Dank aus.

Familie Franz Hölscher.

Rheine, den 1. Dez. 1921.

Endlich



ist man den Ärger los, denn „Rotfroschpasta" ist famos!

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder!

Alleinhersteller: Werner & Mertz A.-G. Mainz.

Handelsuntersagung.

Den Eheleuten Händler Hubert Busse hier, Lingenerstraße 22 wohnhaft, ist der Althandel, sowie der Handel mit sämtlichen Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere den Handel mit neuen oder gebrauchten Fahrrädern wegen Unzuverlässigkeit untersagt worden.

Es wird dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht daß diejenigen Personen, die sich mit den Eheleuten Busse in Handelsgeschäfte einlassen, sich evtl. gleichsfalls strafbar machen. (Beihilfe § 49 Strafgesetzbuchs).

Rheine, 30. November 1921.

Die Polizei-Verwaltung.

Feldgr. Herren-Ueberzieher
neu, zu verkaufen.
Näh. Geschäftsstelle

Milchgebende
Kuh
zu verkaufen.
Näh. Geschäftsstelle

Junges
Mädchen
für halbe Tage, morgens zur Hülfe im Haushalt gesucht. Näh. Gesch.

Tücht. Schneider sucht Kundschaft
außer dem Hause. Neu anfertigung und Umarbeitung. Näh. Gesch.

Eine gut erhaltene
Nähmaschine und fast neues Chaiselongue
zu verkaufen.
Näh. Geschäftsstelle.

Fast neues
grosses Kino
42 mal 25 cm. für Film und Bilder und eine
Dampfmaschine
zu verkaufen
Näh. Geschäftsstelle.

Guterhaltene
Strickmaschine
zu verkaufen.
Robert Schlickmann,
Borghorst, Wildstr. 8.

Braunkohlenbrikett-Verkauf.

Laufende No. 401 bis 800 des Verteilungsbezirks A erhalten die Kohlenmarke Nr 1 der Stadt Rheine bis einschließlich Freitag, den 2. Dezember ds. Js. bei dem Kohlenhändler Brünen (Thiemauer) mit je 1 Zentner Braunkohlenbriketts beliefert.

Rheine, den 28. November 1921.

Der Bürgermeister.

2—3
Zimmer-Wohnung
gegen einen Laden mit 1 Zimmer sof. im Tausch abzugeben
Ang. unt. R. C. an die Geschäftsstelle.

Schneiderin sucht möbl oder unmöblierte
Zimmer.
Angebote u. A R 1 an die Geschäftsstelle.

Zwei Herren finden
Kost und Logis
Näh. Geschäftsstelle.

Ein propres sauberes, ordentliches
Mädchen
für kleinen Haushalt, (3 Personen) nach Bocholt gesucht. Gute Kost und Verpflegung nebst hoher Lohn zugesichert.
Näh. Emsstr. 32.

1 fettes
Schwein
zu verkaufen.
Näh. Geschäftsstelle.

Jüngeren
Dreher
für dauernde Beschäftigung gesucht.
Vormals
Böcker u. Niermann,
A. Böcker.

Kaufgesuch!
Diplomatenschreibtisch oder einfachen Tisch.
Ang. unt. „Schreibtisch" an die Geschäftsstelle.

Hühnerstallung mit Draht
umzugshalber zu verkaufen.
Bevergernerstr. 48.

Ein hochtragendes rotbuntes
Rind
zu verkaufen.
Südhoff,
Altenrheine.

Missions-Ausstellung

im Paulushause.

Täglich geöffnet

von 9 bis 12 Uhr
von 2 bis 6 Uhr

Eintrittspreis 3.- Mark.

Pirat
Störtebecker
und der
20 000 000 Mk.
Goldfund.

Unterzeichnete Firmen haben ab 1. Dezember ihre Verkaufszeit wie folgt festgesetzt:

Vormittags von 9—12 Uhr
Nachmittags von 2—7 Uhr

Theodor Althoff,
Gebrüder Anschel,
Franz Arens,
W. Beckers.
Bielefelder Wäschehaus,
D. Dessauer,
Hugo Ernsting, Söhne,
S. Falk Söhne,
E. Feldmeyer,
J. Frank,
Alex Franksmann,
Franz Hoffmann,
Louis Marx,
Joh. Maatje,
Herm. Middeke,
B. C. Oechtering,
Bern. Overwaul,
Jos. Pieper,
Gust. Schumann,
Gebrüder Trautmann,
Geschwister Wolters,
Franz Zumwalde.

I. A.: Dr. Roller, Syndikus.

Pirat
Störtebecker
und der
20 000 000 Mk.
Goldfund.

ALEMANNIA-LICHTSPIELE

Rheine, Sedanstraße.

Voranzeige.

Ab morgen Freitag gelangt der z. Z. im Roland-Theater Münster m. größtem Erfolg laufende neueste

Operetten-Schlager

Die Strandnixe

Filmoperette in 5 Akten z. Vorführung.
In den Hauptrollen:
Lilli Flohr.
Felix Hecht **Ilse Marwenga**
Die mit Humor reichdurchsetzte Filmoperette errang bei ihrer Uraufführung in Berlin einen durchschlagenden Erfolg und mußte um mehrere Wochen prolongiert werden.
Die Gesangspartien liegen in den Händen erster Operettenkräfte.



Der Herkules des Films
3 Episoden. 16. Akte.
1. Episode.
Dem Tode entronnen
Sensationsdrama in 5 Akten.
Außerdem:
Nobody II. Teil.
Beachten Sie bitte die Anzeige in der morgigen Ausgabe.

Sportvereinigung 09.

Freitag, den 2. Dezember abends 7½ Uhr
Monats-Versammlung
im Vereinslokal Kronenburg.
Pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Junggesellen - Schützen - Verein - Schotthock -

Theater im Stadtbergerhof!

Es gelangt zur Aufführung:
„Im Banne des Goldes“
Schauspiel in 3 Akten.

Ferner die Lustspiele:
Kinorappel
u. „Der Geisterstudent“

Eintritt: 1. Platz 5 Mk. 2. Platz 4 Mk. Vereinsmitglieder und deren Angehörige Preisermäßigung.
Vielseitigem Wunsch entsprechend haben wir uns entschlossen vorstehendes Programm nochmals zur Aufführung zu bring.
Es ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Mysterienspiel
von E. Eckert
St. Franziskus
Münster i. W.

Aufführungen: Täglich abends 7 Uhr auf der Mysterienspielbühne des Gesellenhauses zu Münster i. W. Letzte Aufführung: Sonntag, den 4. 12. nachmittags 4 Uhr.)
Karten: Mark 12.—, 9.—, 8.—, 3.— (einschließl. Kleiderabgabe und Steuer): dazu Mk. 0.50 für Textheft.
Ausgabe: 10—12 und 4—7 Uhr a) Büro des Gesellenhauses, b) Zigarrengeschäft Niemeyer, Salzstr., Ecke Prinzipalmarkt.

Klavier-
Stimmen, Reparaturen.
Th. Schmidt,
Klavierbautechniker,
Emsdetten,
Bestens empfohlen.
Postkarte genügt.

Bezahle hohe Preise
für gebrauchte Fahrradgestelle und Teile.
August Vogeler,
Im Coesfeld 9.

Alte Gebisse

Zähne bis 80.— Mk. — Gebisse bis 1500 Mk.
kaufe ich zu hohen Preisen.
Nur Freitag, den 2. Dezember
im Hotel Möllers.
Ankauf von 9 Uhr bis 6 Uhr.

Kaufe
altes Papier
Lewenthal,
Lingenerstraße 26.

Frische

Seefische

Donnerstag, Freitag, Samstag morgens 8 bis 12 Uhr unter der Markthalle. Nachm. Butterstr. 15 und Emsstr. 11. Blutfrische Schellfische, Cabliau, Goldbarsch, Seezunge, Steinbutt, Schollen, sowie prima geräucherte Schellfische und Roheßbücklinge. Billige Preise.
Frau F. L. Dekker.

Gegen Wanzen, Flöh' und Läuse

Nimmt ein Mittel nur der Weise:
Augenblicklich wird gesund
Tier u. Mensch u. Katz' u. Hund
Von der Wunder-Kraftseife;
Platzt sogar die Konkurrenz
Von Athen bis nach Apolda
Kauft der Kluge nur **Kiesolda**

Radikal **Mittel!**

In ½ Stunde vertilg. Sie unt. **Garant!** Kopf-, Filz-, Kleider-Brut (Niss.) Wanz-

Läuse Flöhe b. Mensch. u. Tier. p. gl. W. Wund. unsch. Verk. nur: Friseur **Louis Beil, Emsstraße 2, Ed. Beil, Ibbenbürenerstr. 25** — Postversand. —

Kaufe
Platin, Gold und Silber
zu Tagespreisen
in jeder Form und Menge zur Fabrikation.
Anton Bothorn, Markt 5, Telefon 338.

Nebenverdienst
für Frauen und Halbinvaliden

Wir suchen zum 1. Dezember für die — — kleine Strecke Gellendorf — —
Zeitungs-Boten (in)

Tägliche Wegestrecke circa 2 Stunden. Nur zuverlässige Personen wollen sich melden. Die Zeitungen müssen um 7 Uhr vormittags abgeholt und ausgetragen werden. — — —
Geschäftsstelle der Münsterländischen Volkszeitung.
Bahnhofstraße Nr. 2.

Handwerker, in sicherer Stellung, 37 Jahr, wünscht die Bekanntschaft mit häusl. erzogen. Mädchen zwecks

= Heirat =

Witwe mit 1—2 Kinder nicht ausgeschlossen. Ang. mit Angabe der Verhältnisse u. Photographie welche sofort zurückgesand wird unt. H 60 an die Geschäftsstelle ds. Ztg. erb. Verschwiegenheit Ehrensache.

Zu kaufen gesucht
gegen sofortige Kasse
Adler-, Opel- od. Wanderer-Zweisitzer
Eilofferten an
Ludger Fleiter, Münster,
Wolbeckerstr. 18.

---

3 junge solide Herren
suchen
möbl. Zimmer
in besserem Hause mit Kochgelegenheit evtl. voller Pension. Altstadt bevorzugt. Angebote unter M. S. an die Geschäftsstelle erbeten.



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt das ärztlich empfohlene millionenfach bewährte
Kukirol
Schachtel M. 3.50 in Apotheken u. Drogerien erhältlich
Willy Protz, Drogerie